



HESSISCHER LANDTAG

12. 03. 2026

KPA

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD****Verantwortungsvolle Bildungspolitik in Zeiten notwendiger****Haushaltskonsolidierung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Bildung in Hessen höchste Priorität hat. Der Bildungsetat steigt im Haushaltsjahr 2026 trotz der anhaltend herausfordernden Finanzlage von 5,8 Milliarden Euro auf 6,2 Milliarden Euro. Zudem profitiert der Schulbetrieb vor Ort langfristig von Mitteln aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“, die vor allem den Kommunen für die Grundeinrichtung gerade auch in den Bereichen Schulbau, Betreuung, Digitales und Sport zugutekommen. Hierbei geht es um 4,7 Milliarden Euro über zwölf Jahre.
2. Der Landtag betont, dass notwendige bildungspolitische Entscheidungen und Steuerungsmaßnahmen im Rahmen einer nachhaltigen Haushaltsführung zu treffen sind. Qualität, Bildungsgerechtigkeit und Verlässlichkeit im hessischen Schulwesen werden verantwortungsvoll miteinander verbunden.
3. Der Landtag stellt fest, dass die integrierten Gesamtschulen ein fester Bestandteil der hessischen Schullandschaft sind und einen wichtigen Beitrag zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Leistungsniveaus und sozialer Hintergründe leisten. Die innerhalb der Landesregierung abgestimmte Regelung berücksichtigt zugleich die notwendige Haushaltskonsolidierung. Die Verhandlungen waren intensiv und konstruktiv, am Ende hat die Koalition für die Integrierten Gesamtschulen einen guten Kompromiss gefunden: Die vorgesehene Anpassung bei der Personalbemessung für die Integrierten Gesamtschulen im Kontext der äußeren sowie Binnendifferenzierung bleibt für das Haushaltsjahr 2026 bestehen und wird auf dieses befristet.
4. Der Landtag betont, dass Integrierte Gesamtschulen bei der Umsetzung einer vollständigen Binnendifferenzierung einen geringeren Klassenteiler (25 Schülerinnen und Schüler) erhalten. Dies ist ein Zeichen für die Wertschätzung, die der Arbeit von Integrierten Gesamtschulen entgegengebracht wird und bedeutet effektiv kleinere Klassen als an anderen Schulformen. Zu einem objektiven Gesamtbild auf das Schulsystem in unserem Land gehört zudem, dass alle Schulen in Hessen eine Lehrerruweisung deutlich über der hundertprozentigen Grundunterrichtsversorgung erhalten – ein Niveau, das kaum ein anderes Land in der Bundesrepublik bieten kann.
5. Der Landtag stellt fest, dass alle Schulen – besonders die Schulen, die im Vergleich unter schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten – einen Beitrag zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit und zur erfolgreichen Integration von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen sozialen und sprachlichen Voraussetzungen leisten. Die sozialindizierte Zuweisung zusätzlicher Ressourcen bleibt daher ein wichtiges Instrument der hessischen Bildungspolitik. Zugleich gilt für die weitere Ausgestaltung der Personalzuweisung: Die Koalition hat einen ausgewogenen Kompromiss erzielt. Unterschiedliche Perspektiven wurden sorgfältig abgewogen – das Ergebnis ist tragfähig und zukunftsorientiert: Die sozialindizierte Personalzuweisung wird im Zuge der Haushaltsaufstellung 2027 erneut verhandelt. Bezogen auf den Schulbereich bedeutet dies, dass die erneute Verhandlung die Regelungen für das Schuljahr 2027/2028 in den Blick nehmen wird. Die regierungstragenden Fraktionen haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Sozialindex perspektivisch weiterzuentwickeln.

6. Der Landtag betont, dass die sozialindizierte Zuweisung zusätzlicher Ressourcen ein wichtiges Instrument der hessischen Bildungspolitik ist. Die Ausstattung hierzulande ist besser als in vielen Ländern, in denen es keine zusätzliche sozialindizierte Zuweisung gibt. Bei den anderen Sonderzuweisungen wird zudem das bestehende Niveau gehalten oder weiter ausgebaut. Beispielsweise kommen den Schulen über 1.100 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte weiterhin unmittelbar zugute, und die Stellen im Ganztag werden zum kommenden Schuljahr erneut um 350 Stellen auf 5.730 Stellen ausgebaut. Dieses Stellenvolumen über die Grundunterrichtsversorgung hinaus kann auf vielfältige Weise zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. März 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert